

Öffentliche Niederschrift
23. Sitzung des Schulausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 25.04.2024
Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr
Ende Öffentlicher Teil: 16:30 Uhr
Ort, Raum: Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72,
46045 Oberhausen

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Marita Wolter CDU

reguläre Teilnehmende aus dem Rat

Andreas Gadde	DIE GRÜNEN	Vertretung für: Andreas Blanke
Karin Dubbert	CDU	
Gundula Hausmann-Peters	CDU	
Ulrike Willing-Spielmann	CDU	Vertretung für: Chris Höppner
Simone-Tatjana Stehr	CDU	
Andreas Völker	CDU	
Helga Grothe	SPD	
Dagmar Heitmann	SPD	
Denise Horn	SPD	
Dietmar Look	SPD	Vertretung für: Maximilian Janetzki
Thomas Krey	SPD	
Sandra Gödderz	DIE GRÜNEN	
Marc Hoff	FDP im Rat	

sachkundige/r Bürger/in

Kira Brinker	SPD	
Tobias Aarns	CDU	Vertretung für: Johannes Thielen
Maren Großenbrink	SPD	
Stefanie Schadt	DIE GRÜNEN	
Jutta Both	AfD	
Angelika Glauch	Linke.Liste	
Ursula Pechner-Gorissen	BOB im Rat	

hinzugewählte Personen

Muhtalif Demirci Vertreter des Integrationsrates

Schriftführung

Lisa-Marie Peltzer

Melanie Knut-Sikora

Abwesend

reguläre Teilnehmende aus dem Rat

Bürgermeister Andreas Blanke	DIE GRÜNEN	entschuldigt
Chris Höppner	CDU	entschuldigt
Maximilian Janetzki	SPD	entschuldigt

sachkundige/r Bürger/in

Johannes Thielen	CDU	entschuldigt
------------------	-----	--------------

Gäste

Sila Özer	Gesamtschule Osterfeld	entschuldigt
-----------	---------------------------	--------------

Gäste und weitere Teilnehmer

Verwaltung

Jürgen Schmidt
Boris van Benthem
Doreen Barzel
Torben Schuster
Kai Zylka

Bezirksregierung Düsseldorf

Büschendorf, Karin

Schulaufsicht

Hegener, Christoph

Vor Eintritt in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurde die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Drucksache
1	Kenntnisnahmen	
1.1	Digitaler Sportatlas Oberhausen	M/17/5072
1.2	Errichtung eines Aufzuges am Hans-Sachs-Berufskolleg	B/17/5156
1.3	LUDWIGGALERIE Schloss Oberhausen: Erfolgsgeschichte Museumspädagogik/Kunstvermittlung, Malschule und Artothek	M/17/5018
1.4	Aktivitäten des sechsten Jugendparlaments 2022/2024 und Planung der Wahl des siebten Jugendparlaments	M/17/5031
1.5	Schulstatistik der Stadt Oberhausen für das Schuljahr 2023/2024	M/17/5054
1.6	Umsetzung des Digitalpakts Schule und der Ausstattungsinitiative NRW	M/17/5114
1.7	Bildung von Eingangsklassen an den Oberhausener Grundschulen zum Schuljahr 2024/2025	M/17/5128
2	Anträge	
2.1	Antrag der Fraktion Die Linke. Liste gem. § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt hier: Schuleinzugsbereiche für Grundschulen	A/17/5116
3	Mitteilungen der Verwaltung	
3.1	Sachstandliste aller Baumaßnahmen und Planungen an Schulen	
3.2	Stadtschulpflegschaft	
3.3	Moltkeschule (Dinslaken)	
3.4	Startchancen-Programm	

Niederschrift**Öffentlicher Teil**

1 Kenntnisnahmen

Frau Wolter eröffnet die Sitzung.

Die Einladung sowie die Nachtragstagesordnung und die Niederschrift der letzten Sitzung sind den Mitgliedern form- und fristgerecht zugegangen. Die Niederschrift des 22. Schulausschusses vom 29.02.2024 wird ohne Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

Frau Wolter stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

**1.1 Digitaler Sportatlas Oberhausen
M/17/5072
zur Kenntnis genommen**

Herr Schauff präsentiert den entwickelten Sportatlas Oberhausen und stellt die einzelnen Funktionen vor.

Herr Aarns (CDU) lobt die Vorstellung und die Idee eines QR-Codes als Werbeaktion. Die Idee, Plakate und Sticker im Stadtgebiet verteilt aufzuhängen wird von Herrn Aarns ergänzt.

Herr Schauff erzählt, dass einige Vorschläge bereits diskutiert wurden, aber er die Sticker als Vorschlag zur Begleitung der Infokampagne mitnehmen wird.

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.2 Errichtung eines Aufzuges am Hans-Sachs-Berufskolleg
B/17/5156
zur Kenntnis genommen**

Herr Schauff präsentiert den entwickelten Sportatlas Oberhausen und stellt die einzelnen Funktionen vor.

Herr Aarns (CDU) lobt die Vorstellung und die Idee eines QR-Codes als Werbeaktion. Die Idee, Plakate und Sticker im Stadtgebiet verteilt aufzuhängen wird von Herrn Aarns ergänzt.

Herr Schauff erzählt, dass einige Vorschläge bereits diskutiert wurden, aber er die Sticker als Vorschlag zur Begleitung der Infokampagne mitnehmen wird.

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.3 LUDWIGGALERIE Schloss Oberhausen: Erfolgsgeschichte Museumspädagogik/Kunstvermittlung, Malschule und Artothek
M/17/5018
zur Kenntnis genommen**

Frau Bendorf-Depenbrock und Fr. Falkenbach stellen die Projekte der LUDWIGGALERIE vor und untermalen ihren Vortrag mit einem Kurzfilm sowie einer Audiodatei.

Frau Horn (SPD) bedankt sich für den Besuch im Schulausschuss und den spannenden Vortrag sowie die exzellenten Angebote der vergangenen Jahre. Sie hebt die Freude der SPD-Fraktion hervor. Frau Horn fragt, ob die ausgebuchten Malkurse erweitert werden können oder was benötigt wird, um dieses Angebot zu vergrößern.

Frau Bendorf-Depenbrock würde die Angebote gerne erweitern und sie könnten weitere Kapazitäten zur Verfügung stellen, aber das Problem bleibt die Finanzierung, da die Angebote noch bezuschusst werden müssen.

Frau Hausmann-Peters (CDU) bedankt sich ebenfalls für die Vorstellung und ist beeindruckt, dass so viele Kinder in den Bereich eingeführt werden konnten, die ansonsten kaum Bezug oder Zugang zu der Thematik haben. Zu dem facettenreichen Angebot hat Frau Hausmann-Peters die Frage, wie sich Kinder für die Projekte ‚CHARTS‘ oder ‚LUST‘ melden können.

Schülerinnen und Schüler an anderen Schulen ihre favorisierten Werke präsentieren und in der Vergangenheit dabei einige Kontakte geknüpft wurden. Es gibt auch regelmäßige Treffen für das Förderprogramm „Kultur macht stark“, bei dem Kooperationen und Partner gefunden wurden.

Frau Falkenberg ergänzt, dass die Kinder von den Projekten über die Pädagogen erfahren, die ihnen die Projekte bei den Einführungen vorstellen.

Frau Pechner-Gorissen (BOB) bedankt sich herzlich für das Engagement und ist erstaunt, dass sie bis dato noch nichts über die Projekte mitbekommen hat. Sie hofft auf mehr Unterstützung durch öffentlich wirksame Pressearbeit.

Herr Gadde (Die Grünen) bedankt sich im Namen der Fraktion die Grünen. Herr Gadde findet die Projekte spannend und hebt hervor, dass dadurch Fördermittel von über 400.000 EUR in die Stadt Oberhausen gebracht wurden.

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.4 Aktivitäten des sechsten Jugendparlaments 2022/2024 und Planung der
Wahl des siebten Jugendparlaments
M/17/5031
zur Kenntnis genommen**

Herr Hoff (FDP) lobt die Einrichtung Jugendparlament und kritisiert, dass die Zahlen der Teilnehmer:innen bei den Sitzungen niedrig sind und teilweise somit das Jugendparlament nicht beschlussfähig ist. Die Betreuung der Verwaltung ist gut, aber Herr Hoff möchte die Wichtigkeit hervorheben und Werbung für das Jugendparlament machen, um Schüler:innen zu akquirieren.

Frau Bendorf schließt sich dem Werbeaufruf an und bittet um die Weitergabe an die Schulen, da die Wahl für das 7. Jugendparlament bis zum 13.05.2024 ansteht.

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.5 Schulstatistik der Stadt Oberhausen für das Schuljahr 2023/2024
M/17/5054
zur Kenntnis genommen**

Herr Hoff (FDP) fragt, warum der Anteil ausländischer Schüler:innen in Sekundarstufe I & II einen Unterschied aufweist und überproportional hoch ist. Herr Hoff fragt weiter, ob Schüler:innen nicht mehr als ausländisch geführt werden oder eventuell das Abitur nicht angestrebt haben.

Frau Horn (SPD) ergänzt die vorangegangene Fragestellung und möchte wissen, wie „Ausländer:innen“ genau definiert sind.

Frau Barzel führt aus, dass es sich bei der Vorlage um Daten des Landes NRW handelt, die durch den Bereich Statistik für Oberhausen ausgewertet wurden. Es wurden keine eigenen Daten erhoben.

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.6 Umsetzung des Digitalpakts Schule und der Ausstattungsoffensive NRW
M/17/5114
zur Kenntnis genommen**

Frau Gödderz (Die Grünen) verweist auf die Vorlagenvorstellung im Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss. Dort wurde berichtet, dass durch die Verzögerung der Baumaßnahme an der Schule am Froschenteich diese aus der Förderung herausfalle und daher aus Eigenmitteln finanziert werden müsse.

Herr Hoff (FDP) fragt, warum die Sanierung nicht fristgerecht fertiggestellt wurde, sodass die Nutzung der entsprechenden Fördermittel sichergestellt wird.

Herrn van Benthem führt bestätigend aus, dass die Finanzmittel aus dem Digitalpakt bis Oktober 2024 verwendbar sind und Maßnahmen danach aus dem eigenen Haushalt finanziert werden müssen. Die angesprochene Schule am Froschenteich wird aktuell saniert. Durch eine ungeplante Schadstoffsanierung sowie weitere ergänzende Baumaßnahmen kommt es zu nicht vorhersehbaren Bauverzögerungen, so dass die Fördermittel des Digitalpakts für die Schule am Froschenteich nicht genutzt werden können.

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.7 Bildung von Eingangsklassen an den Oberhausener Grundschulen zum
Schuljahr 2024/2025
M/17/5128
zur Kenntnis genommen**

Herr Krey (SPD) führt aus, dass die Vorlage deutlich die schwierige Situation an den Grundschulen widerspiegelt und dankt den Grundschulen für Ihr Engagement. Herr Krey hinterfragt, ob aufgrund der deutlich mehr gebildeten als abgehenden Klassen der Schulraum letztes Jahr nicht erschöpfend genutzt wurde, da dieses Jahr trotz erhöhter Klassenbildung nur eine Schulraumzelle angeschafft wird.

Frau Glauch (Die Linke) merkt an, dass es im zentralen Schulverwaltungsprogramm Schild-NRW mehr Kinder gibt als in der dargelegten Statistik. Zudem verweist Frau Glauch auf den kommunalen Richtwert, nach dem aus ihrer Sicht mehr Klassen hätten gebildet werden müssen. Sie verweist auf ihren Antrag unter Punkt 2.1

Frau Barzel antwortet, dass nach den gesetzlichen Vorgaben des Landes NRW ein kommunaler Richtwert gebildet wurde, welcher die absolute Obergrenze der Klassenanzahl darstellt. Die Klassenbildung erfolgt in Absprache zwischen der unteren (zuständigen) Schulaufsicht, den Grundschulen sowie dem Bereich Schule. Dabei sind neben den vorhandenen Raumkapazitäten vor allem die zur Verfügung stehenden Lehrpersonalkapazitäten entscheidend. Ziel ist es zudem, den Schülerinnen und Schülern im Sinne der Regelung „kurze Beine, kurze Wege“ einen möglichst wohnortnahen (2 km-Radius vom Wohnort entfernt) Schulbesuch zu ermöglichen.

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

2 Anträge

2.1 Antrag der Fraktion Die Linke. Liste gem. § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt hier: Schuleinzugsbereiche für Grundschulen A/17/5116 ablehnend vorberaten

Frau Glauch (Die Linke) führt die Begründung der Antragsstellung aus und hebt für die Wichtigkeit von Schuleinzugsbereichen die bessere Planbarkeit sowie die Wohnortnähe in der Begründung hervor.

Frau Hausmann-Peters (CDU) äußert, dass die CDU-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen wird. Schulbezirke führen nicht zu kleinen Klassen, wie das Duisburger Beispiel zeige. Wo möglich, werden kleinere Klassen gebildet (bspw. in Schulen des Gemeinsamen Lernens). Zudem sei der Elternwille zur freien Schulwahl im Schulgesetz verankert.

Frau Horn (SPD) schließt sich den Aussagen ihrer Vorrednerin an. Auch die SPD-Fraktion würde gegen den Antrag stimmen. Zudem sei die Fristsetzung bis Sommer 2024 für die Verwaltung nicht realistisch.

Frau Gödderz (Die Grünen) führt aus, dass der Antrag in ihrer Fraktion ebenfalls keine Zustimmung findet und erinnert an die früheren Grundschulbezirke, die es in Oberhausen vor der Gesetzesreform gegeben hätte. Die Schülerinnen und Schüler werden schon jetzt nach Entfernung verteilt und der Elternwille bezüglich der Schulwahl soll Bestand haben, so Frau Gödderz.

Frau Pechner-Gorissen (BOB) wird sich bei einer Abstimmung enthalten und sie interpretiert die Vorteile eher in die Richtung, dass Elterntaxis reduziert und die Kenntnisse des nahen Umfelds gestärkt werden.

Der Antrag wird mit Mehrheit, gegen die Stimme der Linke.Liste und bei Enthaltung von BOB, ablehnend vorberaten.

3 Mitteilungen der Verwaltung

Der Schulausschuss – mit/ohne Beteiligung des Oberbürgermeisters – fasst mit großer Mehrheit/ mit Mehrheit/ einstimmig – gegen die Stimmen der Fraktion – folgenden Beschluss:

3.1 Sachstandliste aller Baumaßnahmen und Planungen an Schulen

zur Kenntnis genommen

Frau Wolter äußert, dass die Sachstandliste den Sitzungsanlagen online beigelegt wurde.

Der Schulausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.2 Stadtschulpflegschaft

zur Kenntnis genommen

Herr Beigeordneter Schmidt führt aus, dass die Berufung der Stadtschulpflegschaft als ständiges Mitglied mit beratender Stimme seitens der Verwaltung rechtlich geprüft wurde und eine Berufung während der laufenden Wahlperiode kein Problem darstellt. Für die Berufung in den Schulausschuss wird ein Ratsbeschluss benötigt, der in den nächsten Gremienlauf aufgenommen wird. Herr Schmidt ergänzt, dass aktuell ein guter Kontakt mit der Stadtschulpflegschaft seitens der Schulverwaltung besteht und alle Informationen weitergegeben werden.

Herr Hoff (FDP) fragt, warum die Berufung nicht im aktuellen Gremienlauf erfolgen könne.

Die rechtliche Prüfung konnte erst am Tag des Schulausschusses abgeschlossen werden, so dass eine Vorlagenerstellung nicht mehr möglich war. Die Stadtschulpflegschaft kann jederzeit als Gast an den Sitzungen teilnehmen, so Herr Schmidt. Über diese Möglichkeit wurde die Stadtschulpflegschaft entsprechend informiert.

Der Schulausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.3 Moltkeschule (Dinslaken)

zur Kenntnis genommen

Herr Beigeordneter Schmidt erinnert an den Ratsbeschluss bezüglich der Moltkeschule aus dem Jahr 2020, in dem eine Kostenbeteiligung an den anstehenden Bau- und Sanierungskosten der Moltkeschule über die nächsten 40 Jahre beschlossen wurde. Als Berechnungsgrundlage sollte die tatsächliche Zahl der Oberhausener Schülerinnen und Schüler dienen, die die Moltkeschule besuchen. Dies wurde entsprechend mit der Verwaltung in Dinslaken so abgestimmt. In der nun endgültigen Baubeschlussfassung im Rat der Stadt Dinslaken erfolgte jedoch eine Abänderung dieser Vereinbarung. So wird nun seitens der Stadt Dinslaken eine feste Mindestkostenbeteiligung der Stadt Oberhausen in Höhe von 40 % gefordert, so Herr Schmidt. Zudem kommt es zu einer erheblichen Steigerung der Baukosten, so dass auch Mehrkosten auf die Stadt Oberhausen zukommen. Die Stadt Dinslaken hätte den Wunsch nach einer schnellen Beschlussfassung geäußert, damit die Baumaßnahmen zum 01.07.2024 starten können. Dies würde eine sachgerechte Behandlung im Schulausschuss ausschließen und einer Beschlussfassung im Rat im Mai bedürfen, führt Herr Schmidt weiter aus.

Frau Hausmann-Peters (CDU) ist über die 40 % Mindestkostenbeteiligung verwundert und weist auf den hohen eigenen Sanierungsbedarf der Schulgebäude in Oberhausen hin. Frau Hausmann-Peters sieht die Entscheidung kritisch und fragt nach den Konsequenzen für Oberhausen und Dinslaken, falls eine Vereinbarung nicht zustande kommen sollte.

Herr Hoff (FDP) begrüßt die Schnelligkeit der Verwaltung, die die Thematik direkt in den Schulausschuss weitergegeben hat. Herrn Hoff stellt die Frage, ob die Mehrkosten aufgrund der Prozesse in Dinslaken zustande gekommen sind. Herr Hoff bittet darum, den Vorgang in Ruhe im nächsten Schulausschuss erörtern zu können. Eine Eilbeschlussfassung hält er angesichts der hohen Summen für unangebracht.

Frau Horn (SPD) ist vom Vorgehen der Stadt Dinslaken irritiert und empfindet aufgrund der wenigen vorliegenden Informationen eine Entscheidungsfindung zum jetzigen Zeitpunkt als sehr schwierig. Sie bittet um die sachgerechte Erörterung mittels einer Vorlage im nächsten Schulausschuss.

Frau Glauch (Die Linke) schließt sich den geäußerten Meinungen an und fragt ebenfalls nach den Konsequenzen, falls sich die Stadt Oberhausen nicht an den Kosten beteiligt und ob die Schulkinder notfalls in Oberhausen beschult werden können.

Herr Beigeordneter Schmidt erinnert an die damalige Diskussion vor einigen Jahren über die Sinnhaftigkeit des Vorhabens und die Beschlussfassung. Die Kostensteigerung nach dem Baupreisindex sei aufgrund der aktuellen Preisentwicklungen soweit nachvollziehbar, so Herr Schmidt. Schülerinnen und Schüler aus Oberhausen stellen einen signifikanten Teil der Schülerinnen- und Schülerschaft der Moltkeschule dar. Eine alternative Beschulung dieser Oberhausener Kinder wäre an der Kastellschule und in der Schule an der Oranienstraße möglich, allerdings mit deutlich längeren Schulwegen.

Frau Hausmann-Peters (CDU) hebt hervor, dass die Kastellschule keine stabile Zweizügigkeit hat und kritisiert die Unterstützung des Systems der Nachbarstadt, obwohl die eigene Stadt kein stabiles System vorweisen kann.

Frau Pechner-Gorissen (BOB) schließt sich den Äußerungen an und rückt die Kastellschule inklusive des Umfelds in den Fokus. Eine Entscheidung am selben Tag sei bei der schwierigen Thematik nicht möglich, so Frau Pechner-Gorissen.

Herr Krey (SPD) sieht die Schwierigkeiten einer Entscheidung vor allem darin, dass genau geprüft werden müsse, welche Wohnorte und Fahrzeiten die Schülerinnen und Schüler hätten. Ggf. seien Kooperationen über Stadtgrenzen hinaus sinnvoll, wenn sie weitere Anreisen der Kinder verhindern.

Herr Beigeordneter Schmidt fasst zusammen und bestätigt, dass eine sachgerechte Vorberatung mit einer detailreichen Vorlage für den nächsten Beratungslauf im Juni vorbereitet wird.

Der Schulausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.
--

3.4 Startchancen-Programm

zur Kenntnis genommen

Herr Beigeordneter Schmidt erläutert die aktuellsten Entwicklungen und berichtet, dass die Stadt Oberhausen kurzfristig über eine Videokonferenz durch das Land NRW nähere Informationen erhalten hat. Es werden Schulen mit einer hohen Sozialindexzuordnung mit finanziellen Mitteln in drei Programmsäulen unterstützt, so Herr Schmidt. In der ersten Kohorte (Start zum Schuljahr 2024/25) können insgesamt acht Oberhausener Schulen (Adolf-Feld-Schule, Anne-Frank-Realschule, Astrid-Lindgren-Schule, Brüder-Grimm-Schule, Concordia-Schule, Erich Kästner-Schule, Falkensteinschule, Gesamtschule Osterfeld) am Förderpro-

gramm teilnehmen. Ab Sommer 2025 können in einer zweiten Kohorte weitere Schulen in das Förderprogramm aufgenommen werden. Herr Schmidt erklärt, dass die Voraussetzung für die Teilnahme eine Unterstützung seitens des Schulträgers in Form eines Eigenanteils in Höhe von 30 % bei investiven Maßnahmen sei, jedoch die tatsächliche Höhe noch unbekannt ist. Des Weiteren wird vom Land NRW bis zum 10.05.2024 eine Erklärung des Schulträgers und der ausgewählten Schulen zur Teilnahme gefordert. Dies bedürfe grundsätzlich eines Ratsbeschlusses, der in dieser knappen Zeit unmöglich zu erwirken sei, so Herr Schmidt. In Abstimmung mit dem Verwaltungsvorstand wird die Schulverwaltung daher gemeinsam mit den ausgewählten Schulen eine formlose Erklärung an das Land abgeben. Damit sei sichergestellt, dass alle ausgewählten Oberhausener Schulen in das Förderprogramm aufgenommen werden können, so Herr Schmidt.

Herr Krey (SPD) bedankt sich für die kurzfristige Information und wundert sich über den Projektablauf seitens der Landesregierung.

Der Schulausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.
--